

Offener Brief an

- die Mitglieder des Bundestags aus Baden-Württemberg
- Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen
Thomas Strobl
- Minister für Verkehr Winfried Hermann
- Fraktionsvorsitzender der Fraktion GRÜNE im Landtag
Andreas Schwarz
- Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag Ma-
nuel Hagel

Landesverband
Baden-Württemberg e.V.
Reinsburgstr. 97
70197 Stuttgart

Tel. 0711 / 5047 94 - 10
Fax 0711 / 5047 94 - 19
www.adfc-bw.de

Ihre Ansprechpartnerin:
Mirjam Brinkmann
wissenschaftliche Mitarbeiterin
Mirjam.Brinkmann@adfc-bw.de

Stuttgart, 20.12.2023

Appell: Reform des Straßenverkehrsrechts darf nicht scheitern!

Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages aus Baden-Württemberg,
sehr geehrter Herr Minister Strobl, sehr geehrter Herr Minister Hermann,
sehr geehrter Herr Schwarz, sehr geehrter Herr Hagel,

zu unserem großen Bedauern ist die vom Bundestag beschlossene Novelle des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) am 24.11.2023 im Bundesrat abgelehnt worden. Die vereinbarte Reform des Straßenverkehrsgesetzes und der StVO sollte Kommunen und Ländern die dringend erforderlichen Entscheidungsspielräume geben, um Kommunen mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen und die Verkehrssicherheit mit der Fachexpertise vor Ort zu verbessern.

Der ADFC und zahlreiche Kommunen in Baden-Württemberg drängen seit Langem auf eine Reform des Gesetzes. Ein Scheitern der Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes gefährdet die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden und gibt den Kommunen nicht den Handlungsspielraum, den sie benötigen. Die Ablehnung der Reform im Bundesrat führt dazu, dass wichtige Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vor Ort blockiert und die Vision Zero unerreichbar bleiben.

Wir bitten Sie daher, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass zeitnah eine Einigung zwischen Bund und Ländern herbeigeführt und der Vermittlungsausschuss angerufen wird. Bitte erwirken Sie zusammen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bundestag, im Landtag und in Ihrer Partei schnellstmöglich einen Kompromiss für dieses wichtige Gesetzgebungsverfahren – einen Kompromiss, der die vom Bundesrat und im Verkehrsausschuss des Bundestages angeordnete Nachbesserung zur Stärkung der Verkehrssicherheit berücksichtigt.

Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung und kommen gern mit Ihnen dazu ins Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen
ADFC Baden-Württemberg



Dr. Matthias Zimmermann
Landesvorsitzender